

Hildebrandt, Eckart

Article — Digitized Version

Aufforderung, das Umweltengagement der Gewerkschaften einer kritischen Bilanz zu unterziehen

Arbeit und Ökologie - Briefe

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1993) : Aufforderung, das Umweltengagement der Gewerkschaften einer kritischen Bilanz zu unterziehen, Arbeit und Ökologie - Briefe, ISSN 0937-3810, AiB-Verlag, Köln, Iss. 22, pp. 7-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122556>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Aufforderung, das Umweltengagement der Gewerkschaften einer kritischen Bilanz zu unterziehen

Die gewerkschaftliche Umweltpolitik steckt in einer Krise, und dieser Sachverhalt fordert eine Grundsatzdebatte geradezu heraus. Das Wort Krise ist dabei in zweifachem Sinn zu verstehen. Zum einen geht es um die ungelösten Probleme gewerkschaftlicher Umweltpolitik. Zum anderen geht es um die ökonomische Krise und die des Sozialstaats, die diesen Problemen neue Brisanz verleihen.

In den letzten Jahren sind von den Umweltaktivitäten der Gewerkschaften beachtliche Impulse ausgegangen, die sich auch in unserem Informationsdienst niedergeschlagen haben. Gleichzeitig blieben grundsätzliche Fragen ihres ökologischen Selbstverständnisses offen. Bis heute ist nicht völlig klar, worin denn eigentlich der spezifisch gewerkschaftliche Beitrag zur Lösung der ökologischen Probleme besteht und in Zukunft bestehen soll.

In der wirtschaftlichen und sozialen Krise erhalten diese Fragen eine ganz neue Dimension. Sie hat nicht nur die Schwächen der Gewerkschaften auf ihren traditionellen Aktionsfeldern offenbart und ihre Spielräume eingeengt, sondern auch den Zielkonflikt zwischen den „klassischen“ Aufgaben und den ökologischen Anforderungen zugespitzt. Die katastrophale Situation in den neuen Bundesländern tut ihr übriges dazu. Der gesellschaftliche Diskurs verlagert sich auf andere Themen. Beispiel: Standort Deutschland, Atempause in der Umweltpolitik. Es ist verständlich, sogar notwendig, daß nun soziale Fragen in gewerkschaftlichen Aktivitäten an Bedeutung gewinnen, allen voran die zu Arbeitsplätzen und Arbeitszeit. Aber muß deswegen Umweltpolitik in den Hintergrund treten? Muß sie auf Reparatur- und Nachsorgeaspekte beschränkt bleiben? Können branchen-, struktur- und regionalspezifische ökologische Gestaltungskonzepte entwickelt und politikwirksam werden? Sind dabei Synergieeffekte hinsichtlich der Schlüsselprobleme gewerkschaftlicher Politik im sozialen Bereich zu erzielen?

Zu diesen und ähnlichen Fragen nimmt in unserer heutigen Ausgabe Professor Dr. Eckart Hildebrand Stellung. Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Sein Beitrag bildet den Auftakt zu einer Debatte, zu der wir hiermit auch die Leserinnen und Leser der *Arbeit & Ökologie-Briefe* einladen.

Redaktion *Arbeit & Ökologie-Briefe*

Die gewerkschaftliche Umweltpolitik hat sich in einer Periode relativ stabiler ökonomischer und sozialer Bedingungen herausgebildet. Der Beginn eines breiten umweltpolitischen Diskurses in der Bundesrepublik wird Anfang der siebziger Jahre angesetzt. Die Gewerkschaften sind früh in diese Debatte hineingezogen worden und profitierten vom Aufschwung des Umweltthemas.

Im Laufe der vergangenen Jahre ließ sich ein nur sehr zögerlicher und bruchstückhafter Fortschritt im gewerkschaftlichen Umweltschutz erkennen. Einzelne, prägnante Umweltschutzinitiativen stehen neben entschiedener Ablehnung von erhöhten Umweltschutzanforderungen; DGB und diverse Einzelgewerkschaften agieren unverbunden und zum Teil mit gegensätzlichen Positionen nebeneinander her. Es gibt (noch) keine Eindeutigkeit und Glaubwürdigkeit gewerkschaftlicher Umweltschutzpolitik. Die gewerkschaftliche Politik in diesem Bereich wird zutreffend als Suchprozeß bezeichnet, die Ergebnisse als Flickenteppich von Einzelinitiativen.

Was ist der spezifische Beitrag?

Darüber hinaus bleibt aber ein tiefes Unbehagen an der gewerkschaftlichen Umweltpolitik, das darin begründet ist, daß die Frage nach dem spezifisch gewerkschaftlichen Beitrag zum Umweltschutz, seinen Möglichkeiten und Grenzen bisher nicht beantwortet ist, ja noch nicht einmal offen diskutiert wird.

Die hier benannten Grundprobleme gewerkschaftlicher Umweltpolitik, wie gezeigt unter relativ günstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entstanden, werden nun mit der Krisenrealität konfrontiert. Die Konstellation verändert sich grundlegend. Das wird aus den Stellungnahmen der Regierung zu nicht eingelösten Regelungsvorhaben, aus den Aufrufen von Unternehmerverbänden zum Zurückfahren einer deutschen Vorreiterrolle im internationalen Umweltschutz und aus der Stornierung betrieblicher Umweltprojekte allenthalben deutlich.

Umweltpolitik in der Krise

Auch in der gewerkschaftlichen Umweltpolitik zeichnen sich erste Spuren der Krise ab, einmal durch die erneute Zurückdrängung des Umweltthemas hinter die soziale Frage, zum anderen durch einen generellen Wechsel der Betrachtung (Stichwort Standortsicherung).

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Osten fast um jeden Preis und die Besitzstandswahrung im Westen verengen zunehmend den gewerkschaftlichen Handlungsraum. Am wirkungsvollsten ist die indirekte Umweltentlastung über die Stilllegung von Fabriken und die Einschränkung des Konsums aufgrund von Arbeitslosigkeit. Die Krise verschärft die ohnehin beträchtlichen Probleme gewerkschaftlicher Politik und bietet keine einfachen Lösungen.

Bis auf den Bereich des zweiten Arbeitsmarktes, mit den Beschäftigungs- und Qualifizierungs-

maßnahmen im Umweltschutz in den neuen Bundesländern, sind bisher wenig Ideen entwickelt worden, wie dem scheinbar zwangsläufigen Zurückdrängen des Umweltschutzes in der Krise entgegengewirkt werden kann.

Wenn für die nächste Entwicklungsphase der Bundesrepublik sicher ist, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern keine positiven Einkommenszuwächse mehr verschaffen können, sondern höchstens den sozialen Besitzstand verteidigen, dann liegt es nahe, Fortschritte in der qualitativen Politik anzuzielen und für die Mitglieder attraktiv zu machen.

Dazu gehört meines Erachtens die Debatte um mehr Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im betrieblichen Umweltschutz, die Debatte um andere, billigere und verträglichere Konsumstile.

Dazu gehört schließlich auch eine Debatte um eine radikale Umverteilung von Arbeit bei den komfortabel Beschäftigten, die neben eine reduzierte Erwerbsarbeitszeit einen höheren Anteil von Eigenarbeit und von Muße stellt. Und das bedeutet schließlich auch eine offensivere Verteidigung von Natur, deren Unversehrtheit die wichtigste Voraussetzung für Eigenarbeit und Muße ist.

Eine Debatte ist überfällig

Die Probleme und die Erfahrungen betrieblich-gewerkschaftlicher Umweltpolitik sind reif für die Eröffnung einer Debatte. Diese Debatte sollte weder von der Position der Selbstgerechtigkeit („Wir haben schon immer Umweltpolitik betrieben ...“) und der permanenten Überforderung („Was sollen wir denn noch alles tun ...“) geführt werden noch in der Form einer hemmungslosen Anspruchsinflation („Wenn die Gewerkschaften nicht endlich grundsätzlich anders ...“). Sie sollte zentrale Strukturprobleme eines gewerkschaftlichen Umweltengagements identifizieren und an ihnen Entwicklungspfade, Bedingungen und Grenzen betrieblicher und überbetrieblicher, eigenständiger und kooperativer Umweltpolitik in einer neuen, krisenhaften Situation deutlicher machen.

Präventionspolitik und Mitgliederinteressen

Gewerkschaftliche Politik steht in der Tradition der sozialen Korrektur von Managemententscheidungen und der Durchsetzung von Mindestbedingungen der Arbeit. Sie reagiert auf manifeste Beeinträchtigungen und Schäden, nicht auf Befürchtungen und Risiken, nicht auf diffuse, komplexe und langfristige Verursachungszusammenhänge.

Die Beibehaltung dieser reaktiven Strategie würde für die Gewerkschaft bedeuten, sich auf die teuerste und wohl auch ineffektivste Form des Umweltschutzes einschränken zu lassen, den nachsorgenden Umweltschutz und die Altlastensanierung. Diese Strategie wird in zunehmendem Maß negativ auf die gewerkschaftliche Einkommenspolitik durchschlagen.

Die Vorteile der Prävention sind dagegen vielfältig. Wie steht es mit den Möglichkeiten einer präventiven Politik von Beschäftigten, betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretern? Prävention heißt Kooperation, Verwissenschaftlichung der Interessenvertretung, heißt Umkehrung der Beweislast zuungunsten der Produzenten, heißt umweltpolitische Kooperation mit anderen Akteuren in und außerhalb des Betriebes, heißt fallweise auch Verzicht auf Wachstumspotentiale. Damit deuten sich Umrisse eines doch prinzipiell veränderten gewerkschaftlichen Aufgabenzuschnitts an.

Vorzeigbare Erfolge nur begrenzt möglich

Wie steht es weiterhin mit den Interessen der Mitglieder? Bis heute werden zwei Maßstäbe angelegt: „Wir können nicht weitergehen, als unsere Mitglieder sind“ und „Wichtig ist, was hinten raus kommt, geldmäßig gesehen“.

Beide Argumente sind gravierend, weil sie das vorherrschende Selbstverständnis der Mitglieder und auch der Funktionäre wiedergeben und weil sie die Erfolgsbedingungen der Gewerkschaften definieren.

Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist ergebnisorientiert und immer weniger positionsorientiert. Die Gewerkschaften können sich nicht mehr darauf verlassen, daß im „Lager der Arbeitnehmer“ die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft selbstverständlich ist. Sie müssen zunehmend vorzeigbare Erfolge als Gegenleistung zum Mitgliedsbeitrag erbringen.

Dies ist im Bereich der Umweltpolitik aber nur begrenzt möglich. Umweltpolitik zerfällt in eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Bereiche mit unterschiedlicher Nähe zur Arbeitssituation, mit unterschiedlicher Quantifizierbarkeit und Vorhersagbarkeit und mit ganz unterschiedlicher Zeitperspektive.

Hier muß auch für die Gewerkschaften die Debatte ansetzen, die Unternehmen bereits im Rahmen von ökologischen Managementstrategien führen: Welche Umweltdimensionen wollen wir in unsere Kalkulation hineinnehmen, wie wollen wir sie zu anderen Organisationszielen ins Verhältnis setzen, welche Kosten wollen wir in Kauf nehmen?

Die mit der Industrialisierung massiv ansteigenden Umweltschäden und -risiken beruhen auf dem Mechanismus der Externalisierung der ökologischen Folgen des Produzierens und der Produkte. Die Gewerkschaftsbewegung hat die gesellschaftliche Teilung in Produzenten, Konsumenten und politische Bürger mit ihrer zunehmenden Konzentration auf die Betriebe (als Ort der Arbeitsverausgabung und Einkommenserzielung) nachvollzogen und stabilisiert. Die Bezüge zu den drei anderen „Säulen der Arbeiterbewegung“, die die Vorstellung von einem „besseren Leben“ bestimmt haben, sind in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen (Gemeinwirtschaft, Arbeiterkultur, -bildung, -sport, Wirtschaftsdemokratie). An deren Stelle ist eine eigenständige Verbraucherbewegung getreten sowie verschwende-

rische Konsumstile bei der Mehrheit der Bevölkerung. Die Gewerkschaften haben keinen direkten Zugriff auf die Konsumstile, fördern sie aber über die Zentralität der Einkommenspolitik.

Der andere Aspekt des Freizeitverhaltens ist das zunehmende Umweltbewußtsein und das umweltgerechtere Verhalten eines Teils der Beschäftigten außerhalb der Betriebe. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind im Privatbereich entscheidend weiter entwickelt als im Betrieb.

Unter dem Stichwort der „ökologisch erweiterten Mitbestimmung“ bzw. der „Produktmitbestimmung“ ist eine Ausweitung gewerkschaftlicher Interessenpolitik auf „soziale Nützlichkeit“ und „ökologische Verträglichkeit“ prinzipiell angesprochen worden (Stichwort „Rüstungskonversion“). Ein höherer Einfluß der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen auf die Emissionen des Produktionsprozesses sowie der Produkte und Dienstleistungen wäre ein neuer Zugang zum Verbraucher- und Naturschutz. Es wäre eine Reintegration von Arbeit und Leben von der Seite der Arbeit her, die bisher an der Betriebsgrenze haltgemacht hat.

Inner- und außerbetrieblicher Umweltschutz

Innerbetrieblicher und außerbetrieblicher Umweltschutz haben unterschiedliche Grundorientierungen: Der innerbetriebliche Umweltschutz muß sich den unmittelbaren, einzelbetrieblichen Überlebensnotwendigkeiten unterordnen, der gesellschaftliche Umweltschutz kann globalere und langfristige Ziele verfolgen. Dieser Dualismus findet sich auch im System der Interessenvertretung wieder und führt zu unterschiedlichen Zielen und Strategien im betriebsbezogenen Umweltschutz, bis hin zu grundlegenden Differenzen über Zuständigkeiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften können eine präventive ökologische Unternehmenspolitik demnach auch nicht allein realisieren, sie brauchen Bündnisse mit anderen, durchsetzungsfähigen gesellschaftlichen Gruppen. Und sie müssen Institutionen mitaufbauen, die die ökologische Konversion vorantreiben, damit nicht die Arbeitnehmer die sozialen Folgen eines nicht stattfindenden oder verspäteten Umbaus tragen müssen und sich dann im Interesse des Arbeitsplatzverlusts gegen Natur und Leben stellen.

Grenzen von Interessenvertretungspolitik

Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung ist immer mit dem Ausbau der organisierten Interessenvertretung verbunden gewesen, als große Verbandsapparate und als starke Betriebsratsgremien. Diese Struktur ist in mehrfacher Hinsicht an ihre Grenzen gekommen: der politische Einfluß der Verbände in der Gesellschaft ist gesunken, die Möglichkeit konzeptioneller Vorgaben und faktischer Unterstützung der Betriebe erweist sich als immer begrenzter. Die Bindungskraft der Gewerkschaften als umfassend

orientierende und repräsentierende Organisationen ist nach und nach zerfallen.

Besonders im Umweltschutz zeigt sich (wie vorher bereits bei der Friedensbewegung und der Frauenbewegung), daß zentrale lebensweltliche Anliegen kaum von den Gewerkschaften und erst recht nicht von den betrieblichen Interessenvertretungen abgedeckt werden.

Dominierend ist die Kompetenzzuweisung an den Staat, die Ökologiebewegung und die Umweltschutzorganisationen. Eher vereinzelt und unauffällig ist das individuelle ökologische Engagement im Betrieb, es wird in der Regel nicht von den betrieblichen Interessenvertretungen aufgegriffen.

Das heißt, neben die Betriebsräte tritt wieder eine stärkere Bedeutung der Eigeninteressenvertretung der einzelnen Beschäftigten sowie neue (themenzentrierte) Öko-Aktivisten- und Expertengruppen inner- und außerhalb der Betriebe. Es geht nicht alles vom Betriebsrat aus, er kann auch nicht überall dabei sein, er ist nicht der Kompetenteste und er kann nicht alles kontrollieren. Neue, offene und kooperative Konzepte für Betriebsratsarbeit sind vonnöten und eine Öffnung zu engagierten Nicht-Gewerkschaftlern. Die Möglichkeiten von betrieblicher Intervention hängen in zunehmenden Maße vom Aufbau überbetrieblicher Vernetzungen, von einer Infrastruktur von externen Experten, Beratern, Schulungen und organisiertem Erfahrungsaustausch ab.

Co-Management oder Polarisierung?

Im betrieblichen Umweltschutz haben die Betriebsräte keine expliziten Rechte und mehrheitlich auch keine eigenständige Position. Ihr Interesse beschränkt sich in der Regel darauf, daß die Gesundheit der Beschäftigten und ihr Besitzstand nicht durch Emissionen im Betrieb und durch externe Kritik der Unternehmenspolitik gefährdet wird, daß die Unternehmensleitung die geltenden Gesetze im „Arbeitsumweltschutz“ einhält.

Umgekehrt wird ein überdurchschnittliches Umweltengagement des Managements, das neue Märkte erschließt und das Image des Unternehmens verbessert, auch von den Betriebsräten positiv gesehen. Eigenständige Umweltinitiativen von Betriebsräten gegen die Unternehmensleitung sind dagegen eine große Ausnahme: Fehlende Positionen, mangelnde Unterstützung durch die Beschäftigten und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit sprechen dagegen.

Wir können daraus schließen, daß unter gegebenen Umständen die Betriebsräte in Umweltschutzfragen nur zusammen mit der Geschäftsleitung agieren können, entweder als passive Gefolgsleute oder als aktive Antreiber. In ersterem Fall gewinnt der Betriebsrat kein eigenständiges Profil, bekommt kein Gewicht bei den Beschäftigten in Umweltfragen. Im anderen Fall muß der Betriebsrat konzeptionell tätig werden und mit der Geschäftsleitung kooperieren. Wieweit lassen sich Beteiligung an der

Unternehmenspolitik und Verantwortung für die Folgen der Unternehmenspolitik trennen?

Und was sind die Grenzen des Co-Managements, insbesondere wenn man die Befunde ernst nimmt, daß die Unternehmen sich nur sehr zögerlich und punktuell zum Umweltschutz drängen lassen, daß sie immer wieder aktiven und passiven Widerstand leisten und in Krisenzeiten von schon erreichten Positionen wieder abgehen?

Schließlich ist noch die Haltung der Managementseite zum Co-Management zu berücksichtigen. Die Grundtendenz ist doch, daß die Unternehmensleitungen eine punktuelle und bedingte Mitarbeit der Betriebsräte akzeptieren, soweit diese kompetent und unterstützend agieren und die Umweltpolitik des Unternehmens gegenüber den Beschäftigten vertreten. Ein Ausbau ihrer Mitbestimmungspositionen auf dahinterstehende Investitions-, Produktions- und Produktentscheidungen sowie die Formalisierung von Beteiligungsrechten im Umweltschutz werden bisher prinzipiell abgelehnt.

Integration in andere Politikbereiche

Die Art der Aufnahme des neuen Themenfeldes Umweltschutz wird prägnant an dem Begriffspaar „additiver oder integrativer“ Umweltschutz diskutiert. Diese Problemstellung gilt auch für die Gewerkschaften. Ein additiver Umgang ist gekennzeichnet durch die Erstellung einer zusätzlichen Programmatik, durch zusätzliche Beschlüsse zu diesem Thema, durch die Einrichtung einer kleinen zusätzlichen Personalkapazität beim Vorstand usw.

Ein integrativer Ansatz besteht dann, wenn entsprechend dem interdisziplinären Charakter des Umweltthemas die traditionellen Politikfelder der Gewerkschaften auf hemmende und unterstützende Wechselwirkungen untersucht und entsprechend weiterentwickelt werden (Lohnpolitik, Standortsicherungspolitik, Arbeitsgestaltung, Arbeitszeitpolitik, Arbeitsschutzpolitik etc.).

Bisher ist es so, daß der Umweltschutz in den gewerkschaftlichen Zentralen entweder dem Arbeits- und Gesundheitsschutz oder der Wirtschaftspolitik untergeordnet wird oder ein isoliertes und ziemlich einflußloses Dasein in der Grundsatzabteilung fristet.

Solange die Gewerkschaften eine reaktive Politik im Umweltschutz betreiben, wird dieser den Kernzielen der Gewerkschaften notwendigerweise nachgeordnet werden. Eine Öko-Bilanz der gewerkschaftlichen Tarifpolitik fiel heute negativ aus.

Die Glaubwürdigkeitslücke gewerkschaftlicher Umweltpolitik besteht nicht einfach darin, daß die Gewerkschaften zu wenig tun. Sie besteht darin, daß sie die Bedingungen und Grenzen ihres eigenen Umwelthandelns nicht deutlich machen, daß sie die objektiven Widersprüche zwischen verspätetem Umweltschutz und Besitzstandssicherung bei fehlender gesellschaftlicher Konversionsinfrastruktur nicht herausarbeiten und keine dementsprechenden Strategien der Änderung der Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns entwickeln.

Ein anderer Aspekt der Integration bezieht sich auf die verschiedenen Akteure und Ebenen der Interessenvertretung: die einzelnen Beschäftigten am Arbeitsplatz, den Vertrauensmann und die Vertrauensfrau in der Abteilung, den Betriebsrat zum Beispiel im Wirtschaftsausschuß, die Mitbestimmungsträger im Aufsichtsrat, die gewerkschaftlichen Beratungsinstanzen, die Ortsverwaltungen bis hin zu den Gewerkschaftszentralen.

Auch in dieser Hinsicht ist Umweltschutz ein durchgängiges Thema, und es stellt sich die Frage, auf welcher Ebene welcher Aspekt des Umweltschutzes schwerpunktmäßig angesiedelt werden sollte. Bisher agieren alle Ebenen – wenn überhaupt – isoliert voneinander, ohne gegenseitige Unterstützung. Es gibt weder eine organisatorische noch eine strategische Durchgängigkeit des Umweltschutzthemas in der Interessenvertretungspolitik.